



DIREKT

Informationen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, mit einem großen Knall ist das Jahr 2024 zu Ende gegangen, die Ampelregierung ist gescheitert. Nun werden die Karten neu gemischt. Mit Blick auf die Neuwahlen am 23. Februar möchten wir die heutige Ausgabe unseres „KV Direkt“ dazu nutzen, Ihnen unsere Position und unsere Forderungen näher zu bringen, die es aus unserer Sicht umzusetzen gilt – um auch zukünftig die ambulante Versorgung aufrechterhalten und sicherstellen zu können.

Die zentrale Frage muss lauten: Wie können wir die ambulante Versorgung stärken und die Versorgung vor Ort – angesichts der zahlreichen Herausforderungen – langfristig gewährleisten? In der vergangenen Legislaturperiode spielte die ambulante Versorgung kaum eine Rolle, man könnte fast sagen, die ambulanten tätigen Ärzt:innen, Psychotherapeut:innen und Praxisteams wurden ignoriert. Was immer wieder deutlich wurde: Das Verständnis für die ambulante Versorgung fehlt. Hier muss dringend ein Umdenken stattfinden! Die problematische Lage der ambulanten Versorgung muss endlich erkannt werden, das Augenmerk darf nicht einzig auf dem stationären Sektor liegen!

Hier mahnen wir zum gemeinsamen Handeln an. Wir müssen endlich an den Punkt kommen, an dem wir gemeinsam die medizinische Versorgung denken. Es kann nicht sein, dass jeder nur auf seinen Teller schaut und nicht bereit ist, über den Rand zu blicken. Man sollte immer auch das große Ganze im Blick haben.

Wir freuen uns auf einen Dialog mit Ihnen.

Dr. Burkhard Ruppert, Dr. Christiane Wessel, Günter Scherer
Vorstandsvorsitzender, stellv. Vorstandsvorsitzende, Mitglied des Vorstands

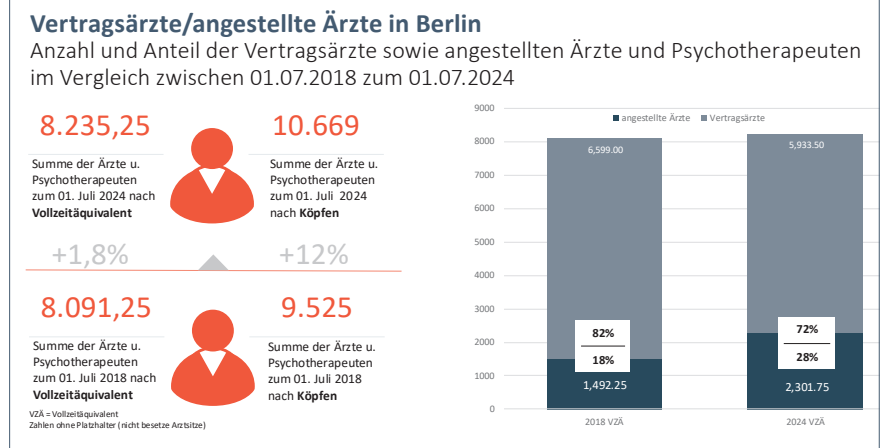
Herausforderungen nehmen zu

Auf die zukünftige Regierung warten einige Herausforderungen, die das Gesundheitssystem schon jetzt vor Probleme stellen. Der demografische Wandel, mit immer mehr älteren und kranken Patient:innen, die künftig einen höheren Bedarf an medizinischer Versorgung haben werden, steht der abnehmenden verfügbaren Arztzeit gegenüber. Der Anteil der über 65-jährigen Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen ist hoch, in absehbarer Zeit gehen viele von ihnen in den Ruhestand. Dazu kommt der andauernde Trend der flexiblen Arbeitsmodelle. Es kommen Ärzt:innen nach, doch wir stehen langfristig vor großen Herausforderungen, denn: es sind zwar Ärzt:innen im System, aber die Arbeitszeit nimmt stetig ab!

Ein weiteres Problem ist der zunehmende Mangel an Fachkräften. Dieser ist bereits jetzt zu spüren – und in Konkurrenz zu stationären Einrichtungen, die mit höheren Gehältern locken, haben Praxen oftmals keine Chance, offene Stellen zu besetzen. Die Finanzie-

rung ist ohnehin ein großes Problem: Während stationäre Einrichtungen durch einen Transformationsfonds unterstützt werden, bleiben Praxen auf den wachsenden Kosten alleine sitzen – ein klarer Wettbewerbsnachteil! Ohnehin konnte man in den vergangenen Jahren oft den Eindruck gewinnen, die ambulante Versorgung wurde im Regen stehen gelassen, während über den Krankenhäusern Rettungsschirme aufgespannt wurden. Dieser Eindruck muss sich ändern! Die ambulante Versorgung muss – insbesondere bei der Finanzierung – mitgedacht werden.

Im Hinblick auf die geplante Notfallreform, die eine „Rundum-Versorgung“ suggeriert, ist es ebenso fraglich, wie diese finanziert werden soll. Ohnehin ist die ambulante Notfallversorgung seit Jahren defizitär – wie also noch weiter ausbauen und mehr Leistungen anbieten, wenn finanzielle und personelle Ressourcen bereits jetzt ausgereizt sind? Auch die Bevölkerung spielt hier eine entscheidende Rolle: Gesundheitskompetenz und der Wert medizinischer Versorgung müssen den Menschen bereits in den Kitas, Schulen und am Arbeitsplatz vermittelt werden.



Quelle: KV Berlin

Forderungen der KV Berlin

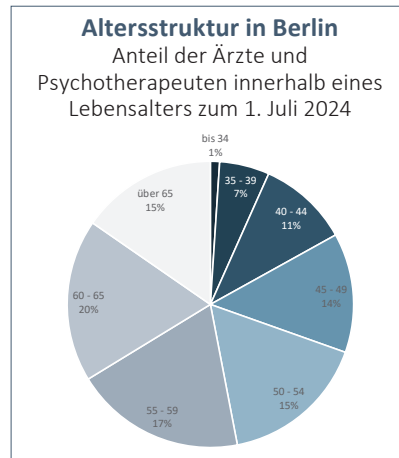
In allen gesellschaftlichen Bereichen stehen viele Aufgaben auf der Agenda einer neuen Bundesregierung. In der Gesundheitspolitik stehen mit der geplanten Notfallreform, der Digitalisierung und der Ambulantisierung einige wegweisende Vorhaben an. Die KV Berlin möchte an dieser Stelle auf ihre zentralen Forderungen hinweisen, deren Umsetzung es für eine Sicherstellung der ambulanten Strukturen braucht.

Entbudgetierung – auch bei Fachärzt:innen

Erfreulich für die Ärzteschaft ist die kürzlich erfolgte Einigung der Ampelparteien, die Entbudgetierung nun doch noch vor Ende der Legislaturperiode auf den Weg zu bringen. Diese Maßnahme ist seit langem überfällig und wurde nicht nur von uns immer wieder gefordert. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form sie kommt – und inwieweit Praxen überhaupt davon profitieren können. Der nächste Schritt muss dann die Entbudgetierung der Fachärzt:innen sein. Abschläge von bis zu 20 Prozent sind nicht hinnehmbar – vor allem angesichts steigender Personalkosten und höherer Mieten. Auch Fachärzt:innen müssen endlich eine leistungsgerechte Bezahlung erhalten!

Eine echte Patientensteuerung

Die Versorgung braucht eine intelligente Patientensteuerung – auf allen Ebenen. Eine ungesteuerte Versorgung ist nicht leistbar, weder personell noch finanziell. Eine Koordination durch Hausärzt:innen (oder grundversorgende Fachärzt:innen) kann hier eine Lösung sein, entsprechend auch unterschiedliche Tarife mit/ohne Koordinationspflicht. Mehr Leistungen erfordern mehr Ressourcen! Den Menschen muss klargemacht werden, dass es keine Flatrate-Mentalität geben kann. Bei zukünftigen integrierten Notfallzentren (INZ) fordern wir eine



Dichte von einem INZ auf 400.000 Menschen und eine kostendeckende Finanzierung.

Finanzierbarkeit

Die Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung müssen stabilisiert werden. Der Gesundheitsfonds darf nicht für versicherungsfremde Leistungen herhalten – wie zum Beispiel beim Transformationsfonds. Statt Versicherungsbeiträge zu missbrauchen, müssen die Mittel aus Steuergeldern bezogen werden. Auch der Beitragssatz von Bürgergeldempfängern muss angepasst und denen der Arbeitnehmer angeglichen werden, damit das Milliardenloch im Gesundheitssystem nicht noch größer wird.

Wertschätzung gegenüber der ambulanten Arbeit

Wir fordern eine Unterstützung der Niederlassungsförderung anstelle einer unreflektierten Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Versorgung. Die ambulante Versorgung muss mitgedacht und stärker in den Fokus genommen werden – es darf keine Bevorteilung der Krankenhäuser geben. Die Zukunftsfähigkeit von arztgeführten Praxen muss sichergestellt werden, gewinnorientierte Kapitalgesellschaften als Praxisinhaber:innen gilt es zu verhindern.

Gesundheitskompetenz stärken

Wir sprechen uns klar dafür aus, die Bevölkerung zu sensibilisieren und

den Menschen aufzuzeigen, welchen Wert die medizinische Versorgung hat. Es dürfen keine falschen Versprechungen zu 24/7-Behandlungen gemacht werden, die nicht umsetzbar sind.

Entbürokratisierung

Damit mehr Zeit für Patient:innen bleibt, muss ein Bürokratieabbau erfolgen. Im Rahmen der Digitalisierung sollten erst ausgereifte Technologien in den Praxen zum Einsatz kommen. Die Technik muss funktionstüchtig sein und finanziert werden. Außerdem müssen Bedingungen geschaffen werden, nichtärztliches Assistenzpersonal unbürokratisch in das bestehende System zu übernehmen und deren Leistungsbefugnisse weiter auszubauen – ausreichend finanziert.

Handeln mit Sach- und Fachverstand

Bei allen Herausforderungen, die in den kommenden Jahren anstehen, erwarten wir einen respektvollen Austausch. Die Politik tut gut daran, den Dialog mit denjenigen zu suchen, die an der Basis sitzen. Entscheidungen sollten mit Fach- und Sachverstand getroffen werden. Mit unserer Expertise stehen wir jederzeit beratend zur Seite. Die Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen sollte auf Augenhöhe geschehen. Es ist Zeit, dass die Politik ernstzunehmende Lösungsansätze liefert und das Vertrauen der Ärzteschaft zurückgewinnt – und dass das deutsche Gesundheitssystem wieder an Stärke gewinnt.

Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen – kommen Sie gern auf uns zu.

Sie haben Fragen?

Pressestelle der KV Berlin
030-31003-483
presse@kvberlin.de
www.kvberlin.de